

Das Sonderfriedensangebot Andrassys.

Wien, am 28. Oktober.

Der Antwortnote Oesterreich-Ungarns an Wilson hat der Minister des Aeußern Graf Julius Andrassy eine Kundgebung an Staatssekretär Lansing folgen lassen, in der er mit Berufung auf den steten Friedenswillen Kaiser Karls erklärt, es seien schon in Uebereinstimmung mit den Bestrebungen Wilsons die Vorbereitungen getroffen, damit die Völker Oesterreichs und Ungarns — man darf das: „und Ungarns“ wohl in einer so feierlichen Kundgebung eines ungarischen Staatsmannes besonders betonen — ihre künftige Gestaltung nach eigenem Wunsche gänzlich unbehindert bestimmen können. Er spricht deshalb im Interesse der Menschlichkeit und aller Völker, „die in Oesterreich und Ungarn leben“, an, Wilson möge erwirken, daß an allen Fronten Oesterreich-Ungarns der sofortige Waffenstillstand und die Einleitung der Friedensverhandlungen beginne. Diese Kundgebung wurde zugleich den Großmächten des Verbandes eröffnet. Es liegt somit ein formelles gesondertes Waffenstillstands- und Friedensangebot Oesterreich-Ungarns vor.

Als heute mittag die Note des neuen Ministers des Aeußern an die amerikanische Regierung der Oeffentlichkeit übergeben wurde, da mußte man nach allem Vorausgegangenem, nicht nur nach den ausdrücklichen Zusagen Graf Burians, sondern auch nach dem Gebot der gesamten politischen Lage annehmen, diese Note sei im Einverständnisse mit den berufenen Vertretern der Nationalräte und in Verständigung mit dem deutschen Bundesgenossen abgefaßt worden. Man hielt deshalb das Angebot, daß Oesterreich-Ungarn bereit sei, „ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten“, in Verhandlungen über Waffenstillstand und Frieden einzutreten, für das Ergebnis einer entsprechenden Auseinandersetzung mit den deutschösterreichischen Vertretern und der verbündeten deutschen Regierung und es liege also nicht mehr vor, als eine vereinbarte taktische Trennung der beiden Verbündeten im zeitlichen Gleichschritte, etwa, wie eine marschierende Truppe beim Passieren einer schwanken Brücke aus Gründen der Sicherheit aufhört, im gleichmäßigen Takte zu marschieren, dennoch aber dem anderen Ufer gemeinsam zustrebt.

Dem ist aber nicht so. Die Note ist, wie man jetzt erst vernimmt, ohne Heranziehung der Vertreter Deutschösterreichs abgefaßt worden und ebenso stellt es sich heraus, daß die amtlichen Stellen des verbündeten Deutschen Reiches, zum ersten Male im bisherigen Notenverkehre, ohne vorherige Verständigung geblieben und durch die Note völlig überrascht worden sind. Das schafft eine völlig veränderte Lage. Was ist heute das Ministerium des Aeußern? Auch diejenigen, welche Anhänger der gemeinsamen Einrichtungen sind, müssen erkennen, daß soviel zur Durchbrechung der Gemeinsamkeit geschehen ist, namentlich in Ungarn, daß das Ministerium des Aeußern nicht mehr allein aus eigener Autorität zu sprechen vermag, sondern bei seinen einzelnen Schritten die Uebereinstimmung mit den vorhandenen nationalen Gruppen herzustellen versuchen muß. Diese Ueberein-

stimmung im einzelnen Falle zu erzielen, mag für den Minister des Aeußern, ob er nun ein Ungar oder ein Oesterreicher ist, schwierig sein, aber es wird dies dem Ministerium des Aeußern, das im Besitze ganz anderer Kenntnisse über die internationale Lage und die vielen, naturgemäß vertraulichen Beziehungen der Friedensfragen ist, als der außenstehende Politiker, immer noch leichter gelingen, als den Nationalvertretungen ohne Vermittlung des Ministeriums des Aeußern. Denn die Nationalregierungen sind vielfach noch nicht gebildet und wenn auch an deren Statt in Oesterreich die nationalen Ausschüsse fungieren können, so fehlt doch in Ungarn noch die Durchbildung derselben nationalen Gliederung. Der Deutsche Vollzugsausschuß hat in seinen Donnerstag gefaßten Beschlüssen die Einsetzung der gemeinsamen Delegation der Nationalräte der einzelnen Nationen vorgeschlagen, welche den Waffenstillstand zu schließen hätten; in Erkenntnis der Schwierigkeit, die dabei Ungarn bietet, spricht der Vollzugsausschuß nicht von Ungarn. Da somit vorläufig diese „gemeinsame Delegation der Nationalräte“ für die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten nicht existiert, so notwendig und dringlich sie wäre, so soll das Ministerium des Aeußern, das ja gewiß verpflichtet ist, für den Frieden ohne Verzug zu handeln, mindestens inzwischen alles unternehmen, um im Einvernehmen mit den Nationalräten zu handeln. Graf Andrassy hat dies nicht getan, und wenigstens kein Einvernehmen mit den Deutschen Oesterreichs herbeigeführt, als er seine Note hinausgab, der man auch in dem Einvernehmen mit dem deutschen Bundesgenossen andere Voraussetzungen gewünscht hätte. Es mag sein, daß die übermächtigen Verhältnisse, die uns ebenso wie Deutschland jetzt von allen Seiten umringen, zu einem Sonderfrieden nötigen; das kann nur in genauester und übersichtlicher Kenntnis der zahlreichen politischen und militärischen Tatsachen sicher bejaht oder verneint werden. Aber wenn eine Bejahung erfolgen

mußte, dann mußte sie so vorbereitet erfolgen, daß niemand in Deutschland auf einen Vorwurf verfallen kann, und niemand in der Monarchie auf den Gedanken, die Note Andrassys sei etwa nur ein rein ungarisches Erzeugnis und nicht völlig herausgewachsen aus dem gemeinsamen Entschlusse der Völker. Die Deutschösterreicher bedrückt das Geschehene um so mehr, als sie bis zum heutigen Tage die Bundesgenossenschaft Deutschlands tief empfunden und deren Wohlthaten gern und dankbar in Anspruch genommen haben. Es klingt noch die in Berlin jetzt erhaltene Fassung in unseren Ohren, daß Deutschösterreich hunderttausend Tonnen Getreide und Kartoffeln als Lebensmittelaushilfe erhalten werde, eine Hilfeleistung, die in der jetzigen Lage nicht nur eine Hilfe gegen den Hunger ist, sondern noch gegen ganz andere Gefahren. Wenn Graf Julius Andrassy, als Vertreter der Gemeinsamkeit, vor keine andere Wahl gestellt war, als den Sonder Schritt zu tun, so muß er auch die Haftbarkeit dafür übernehmen, daß Deutschösterreich von den Rußnießern seines Handels für die zu besitzenden Verluste seiner Volksernährung schablos gehalten werde. Wird Ungarn dafür aufkommen, wenn Deutschösterreich infolge der heutigen Ereignisse die versprochene Zufuhr aus Deutschland nicht mehr erhält?

Inmitten der Entwicklung, die jetzt das Geschehen nimmt, vermag uns nur der Gedanke zu trösten, daß wie immer die Staatsform sein möge, in der sich die Deutschösterreicher nach dem Kriege befinden werden, die Beziehungen zwischen Deutschland und dem Donaulande abwärts von Passau so fest gehärtet sind, daß von der höheren Warte der Rückschauenden aus, auch der unwiderstehliche Zwang, der sie jetzt für den Augenblick zu getrenntem Handeln nötigen mag, nur als ein gemeinsam ertragenes Unglück, aber nicht als ein dem Freunde angebotenes Unrecht nachwirken wird.